

Pressemeldung

Erwartungen der Feuerfest-Industrie von den Industriegipfeln: Abfederung der Übertragungsnetzentgelte und eine bessere Synchronisierung des Ausbaus von Erneuerbaren-Energien und Netzausbau

Höhr-Grenzhausen, 28. Oktober 2024

Die hohen Strompreise und die enorm angestiegenen Netzentgelte für Industrie und Gewerbe gefährden den Standort Deutschland. In dieser Situation müssen international wettbewerbsfähige Stromkosten höchste politische Priorität haben.

In diesem Lichte haben die Wirtschaftsverbände wie bbs oder Bündnis faire Energiewende mit Unterstützung der Feuerfest-Industrie an den Bundeskanzler und die beiden Ministerien für Wirtschaft und Finanzen vor dem Hintergrund der für diese Woche anstehenden Gipfelgespräche mit Industrie und Mittelstand gewandt.

Die Übertragungsnetzentgelte haben sich 2024 gegenüber 2023 mehr als verdoppelt. Für die kommenden Jahre wird mit einem weiteren erheblichen Anstieg gerechnet, um die Kosten für den Stromnetzausbau in Höhe von über 500 Mrd. Euro bis 2045 zu decken.

Die Stromkosten in Deutschland sind weit höher als in anderen Ländern, wie den USA und China. Auch innerhalb Europas hat Deutschland extrem hohe Strompreise. Diese Situation gefährdet die Existenz und Wettbewerbsfähigkeit einer Vielzahl von Unternehmen. Die hohen Stromkosten stellen zudem eine Transformationsbremse für dringend notwendige Investitionen zur Umstellung auf klimaschonende, elektrifizierte Produktionstechnologien dar.

Notwendig ist also ein politisches Konzept, um die Strukturen für ein wettbewerbsfähiges Stromkostenniveau zu sichern. Wesentliche Forderungen, die aus den freigewordenen Förder-Milliarden aus der verspäteten Ansiedlung von Intel in Sachsen-Anhalt erfüllt werden können:

- **Senkung der Übertragungsnetzentgelte.**
- **Bessere Synchronisation des Ausbaus** von Erneuerbaren-Energien und Übertragungsnetzen.

Der Verbändebrief ist dieser Pressemeldung nachfolgend beigefügt.



Deutsche Industrie- und Handelskammer



BDI



Energie. Wasser. Leben.



DIE PAPIERINDUSTRIE



Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Herrn Olaf Scholz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 25. Oktober 2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die hohen Strompreise für Industrie und Gewerbe gefährden den Standort Deutschland. In dieser Situation müssen international wettbewerbsfähige Stromkosten höchste politische Priorität haben. Die Senkung der massiv angestiegenen Netzentgelte als sofort wirksame Maßnahme kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

Stromnetze sind Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Transformation zur Klimaneutralität. Deshalb sollten die transformationsbedingten Zusatzkosten aus den Netzentgelten herausgelöst und staatlich finanziert werden. Dies kann durch die Wiedereinführung des Zuschusses zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte umgesetzt werden - und das schon ab dem Jahr 2025. Eine Maßnahme, die nicht nur die Industrie, sondern alle Stromverbraucher entlastet und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts entscheidend verbessert!

Die Stromkosten in Deutschland sind noch immer weit höher als in anderen Ländern, wie den USA und China. Auch im innereuropäischen Vergleich hat Deutschland hohe Preise. Diese Situation gefährdet die Existenz einer Vielzahl von Unternehmen. Die hohen Stromkosten stellen zudem eine Bremse für dringend notwendige Investitionen zur Umstellung auf klimaschonende, elektrifizierte Produktionstechnologien dar. Das Gleiche gilt für die Verkehrs- und Wärmewende. Notwendig ist daher ein politisches Konzept, um ein strukturell wettbewerbsfähiges Stromkostenniveau zu sichern.

Ein erster und noch in dieser Legislaturperiode zu realisierender Schritt muss dabei die Senkung der Übertragungsnetzentgelte sein. Sie haben sich zum Jahresbeginn gegenüber 2023 verdoppelt. Und auch in Zukunft werden die Netzentgelte hoch bleiben. Denn der dringend notwendige Ausbau der Stromnetz-Infrastruktur auf Übertragungs- und Verteilnetzebene kostet uns in den kommenden Jahrzehnten hunderte Milliarden Euro. Deshalb muss es auch stärker als bisher darum gehen, die Ausbauziele zu erreichen und gleichzeitig die

Netzentgelte bezahlbar zu halten. Im Wesentlichen gelingt dies durch eine bessere Synchronisation von Erneuerbaren-Energien-Ausbau und Netzausbau sowie weitere Maßnahmen, die durch eine effizientere Auslastung und Steuerung den langfristigen Netzausbaubedarf insgesamt reduzieren können.

Es besteht akuter Handlungsbedarf. Unser Appell an die Bundesregierung: Der Zuschuss zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte sollte ab dem Jahr 2025 wieder eingeführt und dauerhaft fortgeführt werden. Wir sehen den Staat in der Pflicht, sich auf diese Weise - als Aufgabe der Daseinsvorsorge - an der Finanzierung der transformationsbedingten Zusatzkosten zu beteiligen.

Dieses Schreiben wurde mit gleichem Wortlaut an den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, und den Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, versandt.

Freundliche Grüße

Dr. Martin Wansleben
Hauptgeschäftsführer
Deutsche Industrie- und
Handelskammer

Dr. Matthias Frederichs
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Baustoffe -
Steine und Erden e.V.

Holger Lösch
Stellvertretender
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Kerstin Andreae
Vorsitzende der
Hauptgeschäftsführung
Mitglied des Präsidiums
BDEW Bundesverband der
Energie- und Wasserwirtschaft
e.V.

Dr. Johann Overath
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Glasindustrie
e.V.

RA Christoph René Holler
Sprecher Bündnis Faire
Energiewende
Hauptgeschäftsführer Bundes-
verband Keramische Industrie
e. V.

Alexander von Reibnitz
Hauptgeschäftsführer
DIE PAPIERINDUSTRIE e.V.

Dr. Wolfgang Große Entrup
Hauptgeschäftsführer
Verband der Chemischen In-
dustrie e.V.

Thilo Brodtmann
Hauptgeschäftsführer
VDMA e.V.

Ingbert Liebing
Hauptgeschäftsführer
Verband kommunaler Unter-
nehmen e. V.

Dr. Michael Niese
Hauptgeschäftsführer
Wirtschaftsvereinigung
Metalle. e.V.

Kerstin Maria Rippel, LL.M.
Hauptgeschäftsführerin
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Wolfgang Weber
Vorsitzender der
Geschäftsführung
ZVEI e.V. - Verband der Elektro-
und Digitalindustrie